Objektive Nachrichten - Revolutionäre Kommentare

Nr. 99 | Juni 2025

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

CSD verteidigen! Gegen Repression und faschistische Angriffe

Die ersten CSD-Demonstrationen 2025 wurden bereits vorzeitig aufgelöst oder vollständig abgesagt, während die Zahl der Angriffe durch die Polizei und faschistische Kräfte ansteigt. Doch was muss passieren, damit wir weiterhin auf die Straße gehen können? - Ein Kommentar von Marceline Horn.

Jedes Jahr finden über mehrere Monate hinweg in vielen deutschen Städten die Christopher-Street-Day (CSD) Demonstrationen statt. Angefangen hat es 2025 mit dem ersten CSD in Schönebeck (Sachsen-Anhalt) am 26. April. Doch schon dieser verlief nicht nach Plan. Von 12 bis 22 Uhr hätte dieser laufen sollen, wurde aber durch die Polizei und das Ordnungsamt frühzeitig um 20 Uhr aufgelöst. Grund dafür waren sehr kurzfristig von der Polizei geforderte Sicherheitsmaßnahmen, die während der laufenden Veranstaltung von den Organisator:innen des CSD nicht mehr erfüllt werden konnten. Diesen Mangel sah die Polizei als Grund, den CSD frühzeitig zu beenden.

In Gelsenkirchen wurde der CSD am 17. Mai, eine Stunde vor Beginn, von den Veranstalter:innen sogar ganz abgesagt. Hier sei der Grund eine „abstrakte Gefahrenlage“ gewesen, über die die Polizei die Veranstalter:innen informierte. Diese Warnung galt für einen unbestimmten CSD in Nordrhein-Westfalen. Vor dieser abstrakten Gefahr konnte oder wollte die Gelsenkirchener Polizei den CSD also anscheinend nicht beschützen. Recht einfach war es für sie hingegen zwei Wochen vorher, am 1. Mai, Faschist:innen zu schützen. Dort marschierten nämlich etwa 200 Rechte und Faschist:innen durch die Stadt. Beim Gegenprotest ging die Polizei hart gegen Antifaschist:innen vor.

Wir stehen erst am Anfang der CSDs, die dieses Jahr stattfinden sollen, doch schon jetzt zeigt der Staat ganz offen, dass er uns nicht schützen wird – im Gegenteil: Wenn Faschist:innen uns bedrohen, seien sie machtlos, wenn Faschist:innen marschieren und wir sie stoppen wollen, dann fällt es der Polizei ganz einfach, Gewalt auszuüben. Doch die Angriffe auf LGBTI+ Menschen hören bei den CSDs nicht auf.

Monatlich gedruckt & täglich unter: perspektive-online.net

Faschist:innen sind auf dem Vormarsch

Die faschistische Bewegung gewinnt wieder an Fahrt. Während sich antifaschistischer Widerstand regt, nutzt der deutsche Staat die Situation, um seine Repression auszubauen. Ein Blick auf die geopolitische Lage verrät, warum. > **Seite 3**

Monat des Militarismus: für Krieg und Aufrüstung?

Hüpfburgen, Live-Musik, Essen und Bier: Was viele mit Schützenfest verbinden, wird zum Lockmittel der Kriegstreiber:innen. Der erste Veteranentag bietet vom Jahrmarkterlebnis bis Gedenken an Weltkriegsverbrecher und Propaganda alles, was das Herz begehrt. > **Seite 6**

5 Jahre Mord an Adel B. - Gerechtigkeit nicht in Sicht

Am 18. Juni 2019 tötet die Polizei Adel B. in seinem Zuhause in Essen Altendorf. Es folgen Vertuschung, Proteste und Bedrohungen durch die Polizei. Die steigende Anzahl an Erschießungen durch die Polizei zeigt, dass sich das Problem noch verschärft hat > **Seite 7**

Klub-WM 2025: Der Ausverkauf geht weiter

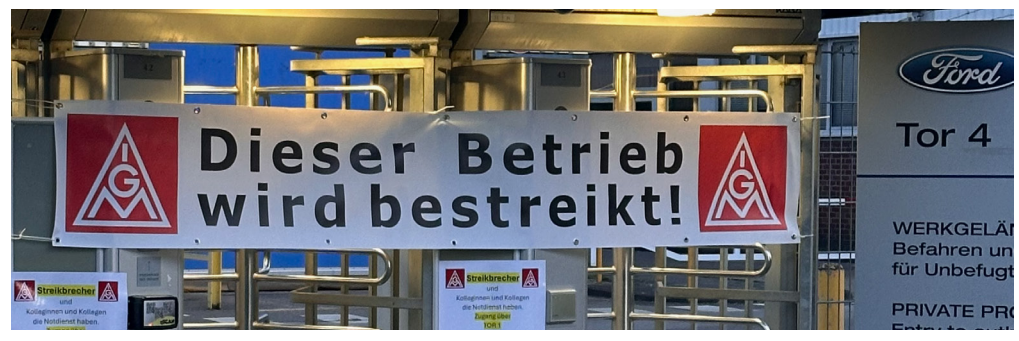
Die Klub-WM ist ein Symbol dafür, dass sich Fußball vom Volkssport entfernt hat. Während Konzerne absahnen, brechen die Vereine weg. Lebte er einst auf Asche- und Bolzplätzen, wird er heute zwischen Hochglanzarenen und Investoreninteressen zerrieben. > **Seite 8**

Ford-Streik: „Das Sterben auf Raten soll einen Preis haben!“

Bei den Ford-Werken in Köln sollen bis Ende des Jahres 2027 2.900 Stellen abgebaut werden, also fast jeder vierte Arbeitsplatz. Perspektivisch könnte sogar der gesamte Standort schließen, denn die Verkaufszahlen sind schlecht.

Die Beschäftigten bei Ford reagierten darauf am 14. Mai geschlossen mit einem ganztägigen Streik.

Perspektive war an diesem Tag vor Ort und hat mit den streikenden Arbeiter:innen gesprochen. > **Seite 4-5**



Staat und Nazis Hand in Hand – Angriffe auf LGBTI+ steigen

Die global voranschreitende Rechtsentwicklung führt auch zum Erstarken alter Rollenbilder und damit auch zu mehr patriarchaler Gewalt gegen Frauen und LGBTI+ Personen.

Inzwischen gibt es in Deutschland täglich einen Femizid und die Gewalt gegen LGBTI+ Menschen ist von 1.188 Fällen 2022 innerhalb eines Jahres um fast 50 % auf 1.785 Fälle gestiegen. Besonders erinnert uns der Mord an der kolumbianischen trans Frau Sara La Millerey an die Realität, in der wir leben. Sie wurde am 4. April überfallen, vergewaltigt und schließlich mit gebrochenen Armen und Beinen in einen Fluss geworfen, die Tat wurde dabei gefilmt und auf Social Media veröffentlicht.

Doch auch juristische Angriffe vermehren sich. In den USA wurde per Dekret entschieden, dass es nur zwei Geschlechter gäbe, welche lediglich mittels der Geschlechtszellen definiert werden sollen, die der Körper produziert. Ähnliche Angriffe gab es auch in Großbritannien. Dort beziehe sich laut dem obersten Gericht der im Equality Act verwendete Begriff „Frau“ nur auf „biologische Frauen“. In Ungarn verankerte das Parlament das binäre Geschlechtersystem sogar in der Verfassung und verbot außerdem jegliche Pride-Demonstrationen unter dem Deckmantel des Kinderschutzes.

Auch in Deutschland möchte die CDU das Selbstbestimmungsgesetz wieder abschaffen, im Koalitionsvertrag einigten sich CDU und SPD jedoch „nur“ darauf, bis Ende Juli 2026 das Gesetz neu zu „evaluieren“. Mit einer ähnlichen Kinderschutzrhetorik wie in Ungarn deuten sie dabei bereits auf die Gefahr, die angeblich von trans Frauen gegenüber Kindern und „echten“ Frauen ausginge.

Und genau diese Rhetorik zeigt sich schon jetzt im Umgang mit trans Frauen. Ein besonders krasser Fall stellt die Inhaftierung der schwarzen trans Frau Cleo in einem Männergefängnis dar. Sie wohnte als 38-jährige trans Frau in einer Geflüchtetenunterkunft in Potsdam, bis ihr plötzlich der Mord an dem Wachmann Anwar W. ihrer Unterkunft vorgeworfen wurde und sie anschließend basierend auf „Indizien“ zu 12 Jahren und 8 Monaten Haft in einem Männergefängnis verurteilt wurde. In diesem rassistischen und transphoben Prozess wurde ihr ihre Transgeschlechtlichkeit schon früh abgesprochen, es wurde von „angeborener männlicher Dominanz und Aggressivität“ gesprochen und davon, dass Cleo eine „Problemmigrantin“ sei. Videomaterial von ihr an einer Bushaltestelle, welches sie entlasten sollte, wurde von der Polizei nicht gesichert. Am absurdesten: Es gibt keine Beweise, und sie hatte keine Chance, ihre Unschuld zu beweisen.

Dieser Staat schützt uns nicht!

Wenn es also darum geht, für die Rechte von und gegen Gewalt an LGBTI+ Personen zu kämpfen, dann können wir nicht auf diesen Staat vertrauen. Die Angriffe durch Polizei und Drohungen durch faschistische Kräfte dieses Jahr sind aber keine Neuheit. Bereits letztes Jahr gab es vermehrt Angriffe auf CSDs. Diese werden dieses Jahr auch wahrscheinlich nicht abnehmen, sondern im Gegenteil stärker werden.

Es ist kein Zufall, dass die faschistische Bewegung besonders dann stärker wird, wenn der Kapitalismus in der Krise steckt. Faschist:innen versuchen, Arbeiter:innen einzureden, dass LGBTI+ Personen und Migrant:innen für alle Missstände im Land verantwortlich seien, obwohl LGBTI+ Personen genauso ausgebeutet werden, im Krieg als Kanonenfutter verheizt werden sollen und unter Teuerungen leiden. Es ist der Versuch, uns als Klasse zu spalten und uns davon abzuhalten, als Klassengeschwister nebeneinander zu stehen und gemeinsam für unsere Befreiung zu kämpfen.

Die Rechtsentwicklung zeigt sich nicht zuletzt auch daran, dass die Illusion des Regenbogenkapitalismus seine Maske fallen lässt. Auf „Diversity“ und „Inklusion“ setzen lohnt sich wohl nicht mehr – dutzende Konzerne in den USA streichen ihre Diversitätsprogramme, die Auswirkungen zeigen sich auch in Deutschland. Der Kölner CSD hat Schwierigkeiten in seiner Finanzierung, weil amerikanische Konzerne wie der Autohersteller Ford die Fördermittel kürzten. Auch der Berliner CSD ist von wegbrechenden Geldern betroffen.

Die Entwicklungen der letzten Monate zeigen, wie schnell uns hart erkämpfte Reformen wieder entzogen werden können und warum der kapitalistische Staat uns Arbeiter:innen nicht retten wird. Eine Alternative müssen wir uns erkämpfen.

Der Charakter der CSDs wird sich ändern müssen

Deutlich wird: Konzerne, Polizei und Parteien wie die CDU, SPD, Grüne oder FDP handeln nicht in unserem Interesse und wir nicht in ihrem. Wenn wir uns eine Alternative erkämpfen wollen, dann dürfen wir uns nicht von ihnen abhängig machen und erst recht nicht mit ihnen zusammen laufen. Mit dem Wegbrechen von Geldern werden sich die CSDs vermehrt durch Spenden von Teilnehmer:innen finanzieren müssen. Mit der zunehmenden Gefahr von Angriffen durch faschistische Kräfte sowie der Polizei wird es auch immer wichtiger werden, einen antifaschistischen Ausdruck auf die Straße zu tragen und darum zu kämpfen, dass CSDs überhaupt stattfinden können und nicht vorzeitig aufgelöst oder komplett abgesagt werden. CSD-Demonstrationen müssen wieder politische Demonstrationen werden, um LGBTI+ Rechte zu verteidigen und unsere Befreiung zu erreichen.

Was sind CSDs? Wie sind sie entstanden und was waren die Stonewall Riots?

CSD steht für Christopher Street Day. Dabei handelt es sich um eine jährlich stattfindende Demonstration für die Rechte von LGBTI+ Personen. In anderen Teilen der Welt sind sie auch als Pride-Paraden bzw. Demonstrationen bekannt.

Entstanden sind sie kurz nach den Stonewall-Aufständen in der Christopher Street in New York am 28. Juni 1969. In den frühen Morgenstunden stürmte die Polizei die Bar Stonewall Inn und nahm LGBTI+ Personen darin brutal fest. Solch eine Repression gegen LGBTI+ Personen war zu dieser Zeit zwar nichts Neues, jedoch wurde dieser Tag besonders bedeutsam. Nachdem sich die Barbesucher:innen nicht mehr von der Polizei schikanieren ließen und sich zur Wehr setzten, entwickelte sich rund um die Straße ein regelrechter Aufstand. Wie noch nie in der Geschichte von proletarischen LGBTI+ Personen wurde ihr Widerstand so groß und bekannt wie an diesem Tag. Die Aufstände erstreckten sich über mehrere Tage hinweg und im Anschluss gründeten sich dutzende Organisationen, die sich international verbreiteten, einige von ihnen auch mit klassenkämpferischem Anspruch.

Um diesem Tag zu gedenken und den Kampf weiterzuführen, gründete sich das Christopher Street Liberation Day Committee. Weltweit etablierten sich unterschiedliche Gruppen zur Organisation der CSDs und Pride-Demonstrationen. Heute finden jährlich in vielen Städten Deutschlands CSD-Demonstrationen statt, die meist von lokalen Gruppen organisiert werden.

Faschist:innen sind auf dem Vormarsch und der deutsche Staat ebnet ihnen den Weg

Die faschistische Bewegung gewinnt wieder an Fahrt. Während sich antifaschistischer Widerstand regt, nutzt der deutsche Staat die Situation, um seine Repression auszubauen. Ein Blick auf die geopolitische Lage verrät warum. - Ein Kommentar von Georg Möwe.

Faschismus ist den meisten Menschen ein Begriff. Für einige hat er besondere Aktualität gewonnen. Der Aufstieg der AfD zeigt, dass die faschistische Bewegung an vielen politischen Tabus rüttelt und dabei in der Gesellschaft vordringen kann. Während bürgerliche Medien vor allem über die AfD berichten und den „demokratischen“ Kampf gegen sie loben, zeichnet sich auf den Straßen der BRD ein deutlich anderes Bild.

Die AfD ist keineswegs die alleinige Erscheinung des deutschen Faschismus und er würde mit ihr auch nicht verschwinden. Vielmehr ist sie vor allem der parlamentarische Arm für eine breite Bewegung auch verschiedener militanter Neo-Nazi-Strukturen. Und die haben mittlerweile sowohl in Quantität als auch in der Qualität ihrer Angriffe zugenommen. Jahrzehntelang gelang es der rechten Szene in Deutschland nicht, sich zu vereinheitlichen. Die Bewegung war geprägt von Zersplitterung und gesellschaftlicher Irrelevanz. In den letzten Jahren hat sich dieser Zustand stark gewandelt. Das Jahr 2024 hat gezeigt, dass die faschistische Bewegung an ihrer Vereinheitlichung arbeitet und versucht, ihre Kräfte zu bündeln. In ganz Deutschland wurden CSDs und andere Pride-Paraden von Faschist:innen bedroht und angegriffen. Vor allem junge Neo-Nazi-Strukturen haben hier durch ihre Aufrufe dafür gesorgt, dass sich die Bewegung hinter dem gemeinsamen Feindbild versammelt.

Gerade in ländlichen Gegenden ohne eine große politische Widerstandsbewegung waren die Angriffe präsent. Auch 2025 wird deutlich, dass sich die faschistische Bewegung immer mehr traut und organisierter agiert. Sowohl am 22. März als auch am 26. April wurde unter dem Motto „Gemeinsam für Deutschland“ bundesweit zu Demonstrationen aufgerufen. Während die Teilnehmer:innen aus einem breiten Spektrum an Bewegungen wie Querdenken und dem AfD-Umfeld zusammenkamen, waren immer auch militante Neo-Nazi Gruppen anwesend und prägten den Ausdruck.

Widerstand regt sich

Aber der faschistische Vormarsch bleibt nicht unbeantwortet. Vor allem in den Städten bildet sich immer wieder Gegenprotest, wenn Nazis marschieren. So wurde auf die meisten der bundesweiten Aufmärsche der letzten Monate mit Kundgebungen, Gegendemos und Blockadeaktionen reagiert. Die Gegenproteste konnten je nach Stadt kleinere und größere Erfolge einfahren. In Frankfurt musste eine rechte Demonstration Ende April nach kurzer Zeit umkehren, da die Demostrecke blockiert wurde und auch in zahlreichen anderen Städten mussten die Demos abgebrochen oder umgeleitet werden. In den meisten Fällen konnten die Faschist:innen aber vor allem dank der deutschen Polizei ihre Demos zu Ende bringen. Diese sorgte teils durch massive Gewalt dafür, dass die rechten Demos unbehelligt durch die Städte ziehen konnten. Diese Einsätze der Polizei reihen sich ein in eine immer weiter ansteigende Repression gegen fortschrittlichen und antifaschistischen Widerstand.

Von Dresden bis Budapest: Die BRD steht hinter den Faschist:innen

In der antifaschistischen Bewegung sind die steigenden Repressionen des deutschen Staats deutlich zu spüren. So auch im Fall des sogenannten „Antifa-Ost“-Verfahrens. Den Angeklagten um Lina E. wurden mehrere Angriffe auf Personen aus der rechten Szene in Ostdeutschland vorgeworfen. Mit dem Paragraf 129 wurde den Angeklagten die Bildung einer kriminellen Vereinigung angehangen. Lina E. selbst wurde in einer medienwirksamen Aktion per Helikopter und von mehreren SEK-Beamten bewacht nach Karlsruhe geflogen. Die Repressionsbehörden haben klar gemacht, dass sie sich nicht scheuen, Exempel zu statuieren und die Wahrheit auch vor Gericht in ihrem Sinne zu verdrehen. Der Antifaschist Zaid, der im Zuge der „Budapest“-Verfahren in Köln ohne Anklage in Auslieferungshaft saß , wurde erst nach einer breiten Solikampagne vorläufig wieder freigelassen.

Aber auch bei den bereits erwähnten „Gemeinsam für Deutschland“-Demos im April zeigte sich das Gesicht des deutschen Staates einmal mehr. Faschist:innen werden verteidigt, die Polizei prügelt Gegenprotest von der Straße. Gerichtsprozesse werden gezielt genutzt, um den Widerstand zu brechen. Es wird deutlich, dass der deutsche Staat seine Bandbreite an Repressionen immer mehr ausweitet und dabei vor allem auf all diejenigen anwendet, die mit dem Status Quo unzufrieden sind und in denen er eine Gefahr sieht.

Expansion nach außen, Repression nach innen

Das alles passiert aber nicht im luftleeren Raum, sondern erklärt sich, wenn man einen allgemeineren Blick auf die Situation Deutschlands wirft. Die geopolitische Lage spitzt sich immer weiter zu und die mächtigsten Staaten bereiten sich auf einen großen Krieg vor. Im Kampf um die Vormachtstellung der Welt äußert auch der deutsche Staat immer mehr seine Ambitionen. Bundeskanzler Friedrich Merz will die Bundeswehr zu der stärksten konventionellen Armee in Europa machen, Außenminister Wadephul spricht sich für fünf Prozent NATO-Verteidigungsausgaben aus und Boris Pistorius verfolgt weiter sein Ziel der Wehrpflicht. Die Zeichen stehen auf Krieg und Deutschland soll darauf vorbereitet werden, im internationalen Konkurrenzkampf auch militärisch seine Interessen durchzusetzen. Doch wie bereits beim Ersten Weltkrieg oder dem Vietnamkrieg zu sehen war, kommt keine Kriegsvorbereitung ohne Widerstand einher. Und genau diesen will der Staat am liebsten im Keim ersticken.

Die Aufrüstung nach außen führt unweigerlich zu Unzufriedenheit im Land. Die Wehrpflicht raubt den Menschen die Freiheit, für Rüstungsausgaben wird im sozialen Sektor und an der Bildung gespart und das Stadtbild wird zunehmend von Werbung für die Bundeswehr geprägt. Gründe genug, die Politik der Regierung nicht gutzuheißen. Damit der Protest im Ernstfall nicht zu einer zweiten Front im eigenen Land wird, trifft der deutsche Staat auch jetzt schon Maßnahmen, um ihn niederzuhalten und ihm den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dafür überzieht der Staat die verschiedensten Teile der politischen Widerstandsbewegung mit Repressionen, in der Hoffnung, die Bereitschaft, sich zu wehren, schon im Voraus zu brechen und den eigenen Handlungsspielraum auszuweiten.

Zusätzlich werden neue Repressionsbehörden wie die Heimatschutzdivision der Bundeswehr geschaffen, um den Status Quo zu sichern und die imperialistischen Bestrebungen des deutschen Staates auch im Inland zu verteidigen.

„Das Sterben auf Raten

Bei den Ford-Werken in Köln sollen bis Ende des Jahres 2027 2.900 Stellen abgebaut werden, also fast jeder vierte Arbeitsplatz. Perspektivisch könnte sogar der gesamte Standort schließen, denn die Verkaufszahlen sind schlecht. Die Beschäftigten bei Ford reagierten darauf am 14. Mai geschlossen mit einem ganztägigen Streik. Perspektive war an diesem Tag vor Ort und hat mit den streikenden Arbeiter:innen gesprochen.

In den Ford-Werken im Kölner Norden sind die Produktionshallen am 14. Mai leer. Das Werk, in dem die Europazentrale des Konzerns ihren Sitz hat, wird ab 5 Uhr morgens für 24 Stunden bestreikt. Dabei setzte die IG Metall auf drei größere Kundgebungsorte. Vor dem Haupttor wurde um 9 Uhr Live-Musik gespielt und Reden gehalten, um 12 Uhr gab es eine Kundgebung am Entwicklungscenter und um 15 Uhr ebenfalls eine Kundgebung am Ersatzteillager der Ford Customer Service Division (FCSD). Gerade die Bestreikung des Bereichs für Motoren und Getriebe und des FCSD Ersatzteillagers haben eine größere Wirkung, denn steht die Produktion in diesen beiden Bereichen still, führt dies dazu, dass europaweite und globale Lieferketten blockiert werden, wie ein Arbeiter gegenüber Perspektive erklärte.

Einige Medien betiteln diesen Streik in ihrer Überschrift als den ersten in dem fast hundertjährigen Bestehen des Werks. Das ist nicht korrekt, es gab zwar vor diesem Streik noch keinen regulären Streik der IG Metall. Trotzdem können gerade die Arbeiter:innen von Ford Köln auf eine sehr kämpferische Tradition zurückblicken: Vor über 50 Jahren hatten vornehmlich türkische Gastarbeiter:innen in einem wilden Streik ohne Unterstützung der IG Metall die Arbeit niedergelegt. Mehrere hundert Arbeiter:innen stellten sich damals kämpferisch gegen die Entlassung von 300 Kollegen. Obwohl ihr Protest durch eine Kooperation zwischen dem Betriebsrat, der Polizei und sogar Nazischlägertrupps brutal niedergeschlagen wurde, zeigt dieses Beispiel doch, dass der Widerstand der Arbeiter:innen ein wirklich kämpferisches Ausmaß annehmen kann, das tatsächlich Druck auf die Chefetage ausübt. Und das sogar, wenn nicht 2.900 Stellen gestrichen werden, sondern nur ein Bruchteil davon.

Geschlossene Solidarität von 11.500 Arbeiter:innen

Die Belegschaft bei Ford stand bei der Urabstimmung geschlossen hinter dem aktuellen Streik. Im gesamten Werk sind über 80 Prozent der Arbeiter:innen in der IG Metall organisiert. 93 Prozent dieser Gewerkschaftsmitglieder in Köln stimmten Anfang Mai für den Streik. Und auch am Streiktag war der Rückhalt groß: Am Abend berichtete ein IG-Metall-Mitglied Perspektive, dass es über den Tag lediglich vier bis fünf Streikbrecher:innen gab. Trotz der Mail aus der Chefetage, zu welchem Tor man kommen könne, wenn man den Streik brechen wolle. Die IG-Metall-Mitglieder standen an diesem Tor bereit und wiesen die Streikbrecher:innen verbal auf ihr unsolidarisches Verhalten hin.

Ein kleiner Teil der Belegschaft arbeitete dennoch. Sicherheitsleute sowie der Notdienst waren in Absprache mit der Gewerkschaft im Dienst und konnten sich an den Toren vom Gewerkschaftspersonal ein kleines Präsent dafür abholen, dass sie trotz Streik arbeiten mussten. Perspektive wurde mitgeteilt, dass auch Werksleiter im Dienst waren. Dies sorgte bei einem Arbeiter für Unverständnis, denn diese hätten schließlich „keine sicherheitsrelevanten Aufgaben."

Auch die Hochöfen müssen konstant eine gewisse Temperatur halten, um keinen Schaden zu nehmen. Die Öfen waren daher weiter in Betrieb und wurden von Ofenwächtern überwacht. Dass man dies auch als Druckmittel nutzen könnte, wurde von den Gewerkschaftsmitgliedern noch nicht in Erwägung gezogen. .

„Wenn es bergab geht, dann kommt der Manager bei denen durch"

Generell zeichnet die hohe Zustimmung für den Streik und die geringe Zahl der Streikbrecher:innen das Bild einer Belegschaft, die geschlossen hinter dem Streik steht. Das kommt auch im Gespräch mit den Kolleg:innen zum Vorschein: „Solidarität ist natürlich da, alle streiken ja mit."

In anderen Gesprächen wurde aber auch deutlich, dass manche Arbeiter:innen den erhöhten Druck von Unternehmensseite zu spüren bekommen, teils würde auch sonntags gearbeitet. Eine Person berichtete, dass das Führungspersonal den erhöhten Druck ausnutzen würde, um die Belegschaft zu einem höherem Arbeitspensum zu mobilisieren. Allerdings war bei Kolleg:innen, die in anderen Bereichen arbeiteten, davon keine Rede. Ein anderer Kollege sprach von schlechter Stimmung im Betrieb. Die Restrukturierungsphasen hätten zu einem „Brain Drain" (Abwerbung von Fachkräften) geführt.

Junge Leute würden davon abgehalten, aufzusteigen und seien frustriert. Es mache den Eindruck, als würde der Standort langsam sterben und niemand kümmere sich ernsthaft um die Zukunft. Ein anderer junger Arbeiter bemängelte auch, dass das Arbeitsklima strenger würde, die Betriebskultur sich verändere und alle guten Bereiche, in denen man gern arbeite, verkauft oder geschlossen würden. In den Gesprächen wurde auch herausgestellt, dass man vor Jahrzehnten stolz auf seine Arbeit und die produzierten Autos war. Heute könne man sehen, dass die produzierten PKWs auf Parkplätzen stehen und keine Käufer:innen finden. Das sei ein weiterer Faktor, der die Arbeitsmoral im Werk herunterziehen würde.

Trotzdem oder gerade wegen dieser kollektiven Perspektivlosigkeit ist die Stimmung in der Belegschaft solidarisch. Ein Arbeiter, der nicht unmittelbar von den Kürzungen betroffen ist, sagte, dass es für ihn selbstverständlich sei, den Streik zu unterstützen, denn langfristig sei auch sein eigener Job in Gefahr. Er sprach sich außerdem gegen die spalterische Hetze der AfD aus, von der einige seiner Kolleg:innen beeinflusst seien. Viele Teile der Belegschaft würden allerdings auch sehr pessimistisch in die Zukunft blicken. Ein Arbeiter sagte Perspektive: „Als ich hier angefangen habe zu arbeiten, da waren noch 40.000 Menschen hier im Werk angestellt. Früher war Ford eine sichere Bank, meine Eltern haben mir mitgegeben, dass ich eine sichere Zukunft haben werde, wenn ich zu Ford

Streik bei

soll einen Preis haben!“

gehe. Das kann ich meinen Kindern nicht mehr sagen.“ Ein anderer Kollege schätzte das Klima im Betrieb ebenfalls sehr negativ ein: „Viele warten auf eine anständige Abfindung, und darauf, dass sie dann auch gehen können, weil alles in Richtung Abgrund geht“.

Ein weiterer Arbeiter stellte im Gespräch mit Perspektive heraus, dass seine Kolleg:innen und er nicht nur streikten, um ihre Wut raus zu lassen, sondern um eine Entscheidung zu erwirken. Weiter sagte er, dass der Vorstand unehrlich sei, denn dieser würde sich in seinen Worten immer auf die Seite der Belegschaft stellen, aber „wenn es bergab geht, dann kommt der Manager bei denen durch“. Eines der Ziele, die der Streik aus seiner Sichtweise erreichen sollte, war, dass wenn der Standort Köln schließen sollte, dann nicht mit Insolvenz. Denn das würde für die Arbeiter:innen einer Kündigung ohne Abfindung gleichkommen.

Über die Rolle der Gewerkschaft sagte ein Ford-Mitarbeiter, dass für ihn die IG Metall natürlich das Organ des Arbeitskampfes sei. Er sagte: „Am Ende sind wir im Gegensatz zu einem Tarifstreik hier zwar mehr auf uns gestellt, aber ohne die IGM könnten wir keine Streiks aufrechterhalten. Am Ende bezahlen sie uns, helfen uns, uns zu strukturieren und zu organisieren und sind ja auch am Verhandlungstisch dabei. Daher glaube ich schon, dass sie essenziell für unseren Zweck sind.“ Im Gespräch hob er außerdem die breite Berichterstattung der lokalen Presse und die Solidarität in Köln hervor. Er sagte weiter: „Nach den letzten Restrukturierungen von regionalen Strukturen zu produktorientierten Strukturen (Verbrenner, E-Autos, Commercial Vehicles) münden die Befehlsstrukturen alle in Amerika. Ford Europa hat da einfach an Autarkie eingebüßt. In Amerika hat Ford sicherlich eine Perspektive, in Europa sehe ich für meinen Teil aktuell kaum belastbare Ideen.“ Man müsse aber weiter streiken für eine ausdrucksstarke Signalwirkung: „Das Sterben auf Raten sollte einen Preis haben.“

Was hat die IG Metall versäumt? - “Ich wünschte mir schon, dass das kämpferischer wär'“

Viele der Beschäftigten bringen zum Ausdruck, dass sie froh sind, dass gestreikt wird. Allerdings käme der Streik zu spät, da man jetzt kaum mehr um die Zukunft des Werkes kämpfen könne und stattdessen versuche, möglichst hohe Abfindungen herauszuholen.

Das Management hat den Stellenabbau Ende 2024 beschlossen. Einige Kolleg:innen vermuten, dass die Entscheidung, in Köln zu kürzen, schon vor dem Vorliegen der schlechten Verkaufszahlen der neu produzierten E-Autos gefällt wurde Trotzdem wartete man – bis jetzt in Übersee die sogenannte Patronatserklärung aufgekündigt wurde, mit der Ford USA bis dahin für Kredite in Deutschland gebürgt hat. Ein schmutziger Trick des Managements, das ebenfalls in den USA sitzt, um die Werkslaufzeit bis 2032 zu umgehen, die erst 2018 teuer mit dem Abbau von Stellen seitens der Belegschaft erkauft wurde. Doch diese Unaufrichtigkeit kennt man schon von Ford: 2012 wurde die Schließung des Werks im belgischen Genk beschlossen, obwohl eine Werkslaufzeit bis 2030 vereinbart war.

Die IG-Metall hat allerdings schon bei VW und nun auch bei Ford gezeigt, dass sie sich mit den grundlegenden Plänen der Konzernleitung nicht anlegen will. Die Gewerkschaft streikt erst jetzt, wenn der Jobabbau schon in Stein gemeißelt scheint, versucht lediglich eine gute Abfindung herauszuschlagen. Doch mit einem kämpferischen Streik zu einem früheren Zeitpunkt, der den Damen und Herren in der Chefetage wirklich Dampf gemacht hätte, hätte man noch deutlich mehr Druck aufbauen können.

Die Ausblicke auf die Zukunft unterscheiden sich stark. Klar ist, dass die Strategie der SUVs und teuren E-Autos nicht aufgeht. Ein Gerücht um eine mögliche Antwort darauf ist ein neues Modell: der E-Fiesta. Ein E-Auto, das im früheren Kernmarkt von Ford, dem Kleinwagensegment, spielt. Doch ob dieser tatsächlich in Deutschland produziert werden würde, ist fraglich. Gleichzeitig sehen viele Arbeiter:innen eher dem Ende ihres Berufslebens entgegen und es liegen hohe Abfindungsforderungen auf den Tischen der Bosse.

Die Krise hat System – nicht nur bei Ford

Ford ist nicht der einzige deutsche Konzern in der Krise. Die gesamte deutsche Wirtschaft stagniert. Im immer härteren kapitalistischen Konkurrenzkampf greifen die Konzernchefs zu drastischen Maßnahmen und die Arbeiter:innen müssen den Kopf hinhalten. Gleichzeitig werden in die deutsche Rüstung mehrere hundert Milliarden Euro gepumpt. Der Staat will also lieber einen Krieg führen, in dem Jugendliche sterben sollen, als uns einen sicheren Arbeitsplatz zu verschaffen und uns ein würdiges Leben zu ermöglichen. Wir sehen immer wieder, der deutsche Staat steht fest an der Seite der Konzernchefs und der Reichen, nicht aber an der Seite von uns Arbeiter:innen!

Im Gespräch wurde von den Arbeiter:innen immer wieder betont, dass das Hauptproblem sei, dass Ford die Produktion des Erfolgsmodells Ford Focus bis Ende diesen Jahres komplett einstellen wird. Doch das allein erklärt die Krise von Ford nicht. Denn das Ford-Werk in Köln ist auch ein Zulieferer für große Automobilfirmen wie BMW und VW. Die Wirtschaftskrise hat die Autobranche hart getroffen und auch deshalb leiden die Absatzmärkte von Ford. Zudem drückt China derzeit die E-Auto-Preise, um langfristig diesen Wirtschaftszweig besetzen zu können. Es wird also klar, mit einem einfachen „Die Chefetage hat auf das falsche Pferd gesetzt“ ist die derzeitige Lage von Ford nicht zu verstehen. Zumal die Firmenzentrale in den USA der eigentliche Strippenzieher ist und abwägt, wie die Zukunft von Ford in Köln aussieht und ob es überhaupt eine gibt. Außerdem fahren die USA aktuell unter Trump einen noch radikaleren nationalen Kurs als noch vor einigen Jahren.

Ob der Standort unter diesen Umständen in Köln also langfristig noch zu retten ist und auch alle Beschäftigten dafür zu kämpfen bereit sind, bleibt fraglich. Auf eine Tatsache kann man sich allerdings verlassen; Wenn Ford in der Krise steckt, dann muss die Belegschaft immer als erstes den Kopf hinhalten. Von Dankbarkeit und Respekt für die Aufopferungsbereitschaft der Arbeiter:innen kann keine Rede sein. Aus der Chefetage kommt die Wertschätzung für die Arbeit nicht.

Der Streik bei Ford war ein Erfolg und setzte ein positives Zeichen, an dem sich alle Branchen in Deutschland ein Beispiel nehmen können. Denn auch wenn die IG-Metall zu lange gezögert hat und es kämpferischere Methoden gäbe, die ein deutlicheres Zeichen hätten setzen können, ist der Streik und die geschlossene Solidarität unter den Arbeiter:innen ein großer und ermutigender Schritt.

Ford Köln

Juni: Monat des Militarismus? Zwei Tage für Krieg und Aufrüstung

Hüpfburgen, Kinderschminken, Live-Musik, Essen und Bier: Was viele mit Schützenfest oder Rummel verbinden, wird zum Lockmittel der Kriegstreiber:innen. Der erste offizielle Veteranentag der BRD bietet vom Jahrmarkterlebnis bis zum Gedenken an Weltkriegsverbrecher und militaristische Propaganda alles, was das Herz begehrt. – Ein Kommentar von Anna Müller.

Mit vergünstigten Piercings und Tattoos wirbt der Veteranentag im bayrischen Cham, anderswo will man überzeugen mit Fahrrad- und Motorradtouren, Wanderungen, dem ersten Veteranen-Open-Air, Veteranenkegeln, Frühschoppen oder Weißwurstfrühstück. Doch welche Intention wird mit diesem neu eingeführten Tag verfolgt? Und welche anderen Werbetage für Krieg gibt es noch?

Veteranendebatte

Nach langer Debatte darüber, was Veteran:innen eigentlich sind, wurde am 25. April 2024 beschlossen, einen nationalen Veteranentag einzuführen. Als Veteran:in gilt nun offiziell, „wer als Soldatin oder Soldat im aktiven Dienst steht oder aus dem Dienstverhältnis ehrenhaft ausgeschieden ist, also den Dienstgrad nicht verloren hat. Nach dieser Definition zählt Deutschland rund zehn Millionen Veteraninnen und Veteranen“ anstatt der deutlich kleineren Anzahl von 400.000 Soldat:innen, die seit 1990 in Auslandseinsätzen waren. Mit großer Mehrheit wurde im Bundestag somit ein Grundstein für die Erfüllung der Verteidigungsrichtlinien aus dem Jahr 2023 gelegt. Diese besagen, „die Bundeswehr wird […] den wechselseitigen und kontinuierlichen Austausch mit der Gesellschaft weiter pflegen und das Verständnis dafür fördern, dass Wehrhaftigkeit zum Schutz Deutschlands eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Eine aktive, auch von der Gesellschaft getragene Veteranen- und Gefallenenkultur ist eine stete Verpflichtung.“ Für die Kriegsvorbereitungen Deutschlands braucht es also die Zustimmung und Normalisierung von Krieg und Militär in der Breite der Gesellschaft. Bisher sollte der „Tag der Bundeswehr“, der immer an einem Samstag im Juni stattfindet, eine solche Funktion erfüllen.

Panzer und Pistorius

Die selbsternannte „Armee des Friedens“ versucht schon seit Jahren neue Mitglieder anzuwerben. Das gestaltet sich jedoch schwierig, denn für viele Jugendliche ist Soldat:in sein alles andere als der Traumjob. Am 28. Juni diesen Jahres werden zum zehnten Mal Armee und Artillerie zu einem hautnahen Erlebnis in zehn deutschen Städten sein. Mit Karriereberater:innen sollen Jugendliche über Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb der Streitkräfte aufgeklärt werden. Doch eben nicht nur da, auch „zivile“ Bereiche des Militärs werden hier vorgestellt: „Machen Sie sich ein Bild davon, was die Bundeswehr kann. Von der Technik, der Ausrüstung – aber vor allem von den Menschen in dieser Bundeswehr.“, so Verteidigungsminister Pistorius im Jahr 2023.

Letztes Jahr kamen 230.000 Menschen an neun verschiedenen Standorten zu dem Event, um sich genanntes Bild zu machen. Es werden Häuserkämpfe demonstriert und wer schon immer mal eine Kampftruppe von Leopard-2-Panzern aus der Nähe beobachten wollte, kommt hier auf den Geschmack. Im niedersächsischen Faßberg waren neben Flugshows auch Ansprachen des Verteidigungsminister Boris Pistorius ein Highlight für rund 50.000 Besucher:innen. Auch hier wurde mit Herzblut versucht, eine engere Verzahnung von Bundeswehr und Bevölkerung zu schaffen.

Funktion des Veteranentags? Kriegstüchtige Gesellschaft!

Angekündigt ist der Veteranentag als „großes Fest“, dass „auf die Bedeutung und die Leistung von Veteraninnen und Veteranen für Frieden, Freiheit, Demokratie und eine starke Gesellschaft aufmerksam“ machen soll. „Wer für unsere Freiheit alles gibt, verdient unser aller Respekt.“ so Julia Klöckner, die als Präsidentin des Bundestages Schirmherrin des Nationalen Veteranentages ist.

Zusätzlich zu den 60 angekündigten Veranstaltungen auf der offiziellen Seite der Bundeswehr zählt das Antimilitaristische Aktionsnetzwerk, Teil der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen), 15 weitere Veranstaltungen zum Veteranentag.

Warum das alles? Deutschland braucht mehr als nur Geld, um kriegstüchtig zu werden. Denn die Waffen, Munition und Panzer müssen auch von Menschen bedient und eingesetzt werden. Und so muss mit der materiellen Aufrüstung auch eine in den Köpfen der deutschen Bevölkerung einhergehen. Bekannte Beispiele dafür sind modern und ansprechend gestaltete Videoclips der Bundeswehr auf Social-Media-Plattformen wie Instagram oder Tiktok oder auch Jugendoffizier:innen, die an Schulen für das Sterben im Krieg werben. Besonders mit dem Veteranentag soll die Kriegsbegeisterung in die Breite der Gesellschaft getragen werden. Soldat:in zu sein wird zu etwas Ehrbarem, auf das man stolz sein kann, für das einen andere bewundern. So soll dieses Gedankengut auch gefestigt werden, wenn die Bundeswehr sich selbst als „Armee der Demokratie“ bezeichnet. Das klingt letztendlich auch besser als das, was sie wirklich ist: Eine Armee voller Kämpfer:innen für deutsche Kapitalinteressen, Kriegsverbecher:innen in Afghanistan, Regierungsputscher in Mali, eine Armee mit faschistischen Netzwerken, die teils Waffen und Munition an ihre faschistischen Kameraden außerhalb des Militärs weitergeben oder ein Arbeitsplatz, der im vergangen Jahr alleine laut offiziellen Zahlen 385 Fälle sexueller Übergriffe zu verzeichnen hatte.

Was tun?

Dass wir diese Mobilisierungsversuche für Krieg, die insbesondere Jugendliche ansprechen sollen, nicht unbeantwortet lassen können, ist klar. Das heißt, dass zum einen konkreter Protest gegen derartige Veranstaltungen natürlich wichtig ist. Aber dabei darf es nicht bleiben. Letztlich müssen wir mit unseren Positionen an Schulen und Universitäten unsere Mitschüler:innen und Kommiliton:innen überzeugen, damit die Jugendoffizier:innen keinen Fuß auf den Boden bekommen. Aber nicht nur da, an allen Orten, an denen wir uns befinden, müssen wir mit den Menschen um uns herum diskutieren und sie überzeugen. Das heißt, die militaristische Propaganda der Herrschenden zu jedem Zeitpunkt aufzudecken und zu zeigen, dass die Bundeswehr eben nicht für Frieden kämpft, sondern Gewalt und Tod verbreitend die Interessen des deutschen Kapitals durchsetzt.

Foto: „Tag der offenen Tür BMVg 2013“ (CC BY-ND 2.0) https://creativecommons.org/licenses/by-nd/2.0/) by Wir. Dienen. Deutschland. https://www.flickr.com/photos/wirdienendeutschland/9586971333/

Fünf Jahre Mord an Adel B. – keine Gerechtigkeit in Sicht

Am 18. Juni 2019 tötet die Essener Polizei Adel B. in seinem Zuhause in Essen-Altendorf. Es folgen Vertuschung, Proteste und Bedrohungen durch die Polizei. Die steigende Anzahl an Erschießungen durch die Polizei zeigt, dass sich das Problem in den vergangenen fünf Jahren noch verschärft hat, kommentiert Leon Hamacher.

Adel B. war ein Arbeiter aus Essen-Altendorf. Er arbeitete als Garten- und Landschaftsbauer und war in der Nachbarschaft gut vernetzt. Seine Familie kam ursprünglich teils aus Algerien. Von seiner Familie, Arbeitskolleg:innen und Nachbar:innen wird er als herzlicher Mensch beschrieben.

Aber auch in Adels Leben lief nicht alles glatt. Wie nach aktuellen Statistiken – die Dunkelziffer außen vor – fast jeder Dritte hierzulande hatte auch Adel B. mit psychischen Problemen zu kämpfen. An seinem Todestag hatte er eine schwere Krise. Weil er drohte, sich selbst mit einem Messer etwas anzutun, wurde die Polizei gerufen. Die erhoffte Hilfe bekam er nicht. Die Polizei verfolgte ihn durch mehrere Straßenzüge. Obwohl er nur sich selbst bedrohte, war das Auftreten der Polizei aggressiv und sie schrien ihn mehrfach an. Kurz darauf eröffnet ein Polizist das Feuer.

In den ersten Mitteilungen der Polizei heißt es, Adel wäre plötzlich mit dem Messer auf die Polizei zugelaufen und sie hätte aus Notwehr gehandelt. Nur durch Zufall kann diese Lüge widerlegt werden: Ein Nachbar hat die Situation aus dem gegenüberliegenden Haus heraus gefilmt. Die Polizei zwingt ihn zunächst, das Video zu löschen, allerdings wird es in einer Cloud gesichert und später auf YouTube veröffentlicht. In dem Video sieht man, wie Adel durch die Haustür seines eigenen Hauses tritt. Die Tür fällt zu, erst dann fällt der Schuss. Statt der benötigten Hilfe bekommt er von der Polizei Kugeln von hinten durch eine Glastür.

Als die erste Lüge der Polizei durch das veröffentlichte Video entlarvt wird, ändert sie ihre Darstellung: Adel wäre eine Gefahr für seine Familie gewesen, deswegen hätten sie ihn aufhalten müssen. Sowohl seine Lebensgefährtin, als auch seine Mutter und Schwester widersprechen dieser Behauptung entschieden. Er konnte gar keine Bedrohung für sie sein – die Kinder waren bei einer Freundin und die Lebensgefährtin telefonierte mit ihm, um ihn zu beruhigen.

Rassistische Polizeigewalt ist Alltag

Der Essener Stadtteil Altendorf ist wohl einer der bekanntesten der Stadt. Das liegt vor allem an den Schlagzeilen der Boulevard-Medien und Lokalpresse. Hier wird der Stadtteil zu einem „sozialen Brennpunkt“ ernannt, er sei Schwerpunkt der sogenannten „Clan-Kriminalität“. Tatsächlich hat man den Eindruck, der migrantisch geprägte Stadtteil ist ein Versuchlabor für diese Art der rassistischen Sippenhaft und Polizeischikanen. Rassistische Kontrollen sind hier an der Tagesordnung, die Polizei tritt hier als Fremdkörper, wie eine Besatzungsmacht auf. Willkürliche Razzien in migrantischen Läden und Restaurants, Personenkontrollen ohne jeden Anlass und Checkpoint-artige Fahrzeugkontrollen sind hier keine Ausnahmen. Hört man sich hier auf der Straße um, so hat fast jeder von negativen Erfahrungen mit der Polizei zu erzählen.

Nach den Schüssen: Justizskandal und Proteste

Die Polizei verbreitete wiederholt falsche Darstellungen. Wenig überraschend, da die Essener Polizei immer wieder durch rechte Skandale hervorsticht und der damalige Polizeipräsident Frank Richter ein Hardliner der rassistischen „Clan“-Politik war.

Doch auch aus dem Rathaus und der Staatsanwaltschaft erhielt der Todesschütze volle Rückendeckung. Nach gerade einmal drei Monaten wurde das Verfahren gegen den Polizisten ganz ohne Prozess eingestellt.

Kein Einzelfall

Der Polizeimord an Adel B. ist kein Einzelfall. Immer wieder kommt es in Deutschland zu tödlicher Polizeigewalt. Besonders betroffen sind migrantische Menschen. Bekannte Fälle sind der Mord an Oury Jalloh in Dessau, die Erschießung des 16-jährigen Mouhamed Dramé in Dortmund oder zuletzt die Schüsse in den Rücken auf den schwarzen Jugendlichen Lorenz in Oldenburg. Daneben sind vor allem psychisch kranke Menschen betroffen. Oft gibt es hier auch Überschneidungen, wie bei Adel B. und Mouhamed Dramé.

2024 gab es mit 22 Tötungen durch Polizeischüsse deutlich mehr als in den Vorjahren seit 2000. Dieses Jahr sind es bislang schon elf Fälle. Fast die Hälfte der Erschossenen der letzten Jahre befanden sich in einer psychischen Krise, wie das Institut für Bürgerrechte und öffentliche Sicherheit 2024 ausgewertet hat.

Oft läuft dabei ein ähnliches Schema ab wie im Fall Adel B.: Die Polizei wird gerufen, um den späteren Opfern zu helfen, eskaliert die Lage aber durch aggressives Vorgehen und teilweise auch durch den Einsatz von Waffen wie Pfefferspray oder Tasern. Auf die darauffolgende Reaktion der Betroffenen folgt dann der Schusswaffeneinsatz.

Bei Gesundheit sparen, Polizei hochrüsten

Dass sich an diesem Trend bald etwas ändert ist nicht zu erwarten. Sehr gut ausgebaut waren Hilfsangebote für psychisch Kranke noch nie. Einen Therapieplatz zu bekommen dauert oft Monate und ist mit hohem Aufwand und bürokratischen Hürden verbunden. Dazu kommen die Sparmaßnahmen beim Bundeshaushalt, die anderweitige Hilfsangebote deutlich einschränken.

Große negative Faktoren für die psychische Gesundheit vieler Menschen verschärfen sich derweil: Leistungsdruck in Bildungseinrichtungen wird immer wieder erhöht, soziale Unsicherheit und Armut steigen an und die aktuelle Bundesregierung plant die Wochenarbeitszeit deutlich zu erhöhen. All das lässt einen Anstieg an psychischen Ausnahmesituationen erwarten.

Das große Geld landet derweil vor allem bei den Repressionsbehörden und dem Militär. Der angebliche Mangel an Geld, Personal und Ausbildung bei der Polizei, der im Angesicht der genannten Fälle dreist vorgeschoben wird, stellt sich bei näherer Betrachtung als Nebelkerze heraus. Denn weder mehr Ausbildung noch mehr Geld ändern grundsätzlich etwas daran, dass die Polizei nicht uns, sondern das Kapital schützt. Polizeimorde sind keine Betriebsunfälle, sondern Kalkül.

Klub-WM 2025: Der Ausverkauf geht weiter

Die neue Klub-WM ist ein Symbol dafür, wie weit sich der Fußball vom Volkssport entfernt hat. Während Konzerne absahnen, brechen im Breitensport die Vereine weg. Der Sport, der einst auf Asche- und Bolzplätzen lebte, wird heute zwischen Hochglanzarenen und Investoreninteressen zerrieben. Es ist Zeit, den Fußball zurückzuerobern – als Raum der Solidarität, nicht des Profits. Ein Kommentar von Max Funk.

Im Juni und Juli wird zum ersten Mal die neue Klub-Weltmeisterschaft der FIFA ausgetragen. In den USA treten 32 Vereinsmannschaften aus allen Kontinenten gegeneinander an – ein Format, das bisher Nationalteams vorbehalten war. FIFA-Präsident Gianni Infantino sprach von einem „neuen Meilenstein für den Weltfußball“ und versprach „Wachstumspotenziale auf allen Ebenen“. Doch was hier als Fortschritt verkauft wird, ist in Wahrheit ein weiterer Ausdruck der kapitalistischen Durchökonomisierung des Sports.

Fußball ist schon lange nicht mehr nur ein Spiel. Die FIFA, offiziell ein gemeinnütziger Verein, agiert heute wie ein multinationaler Konzern. Ihre Einnahmen betrugen im Jahr 2022, dem Jahr der letzten Fußballweltmeisterschaft, rund 7,6 Milliarden US-Dollar – ein Großteil stammt aus Sponsoring, TV-Rechten und Marketing. Der Fußball wird zur Plattform globaler Markenpflege – und zur Projektionsfläche kapitalistischer und staatlicher Interessen. Zum Beispiel durch autoritäre Staaten, wie Saudi-Arabien und Katar oder durch die USA.

Fans bleiben auf der Strecke

Mit der Klub-WM dringt die FIFA tiefer in den Vereinsfußball ein, der bislang eher unter der Kontrolle der UEFA stand. Die USA als Austragungsort sind kein Zufall: Hier liegt ein riesiger Werbemarkt brach, den man mit global bekannten Namen wie Real Madrid, Manchester City oder dem FC Bayern München erschließen will. Es geht um Marktanteile und Gewinne.

Das neue Format – 32 Teams, Turniermodus ähnlich einer WM – bedeutet vor allem eins: Mehr Spiele, mehr Vermarktung, mehr Belastung. Die Spieler werden durch die nationalen Ligen, Pokale, Champions League und Länderspiele bereits jetzt körperlich und mental überfordert. Der Weltspielerverband FIFPro warnte schon 2023: „Das aktuelle Spielkalender-Modell gefährdet die Gesundheit und Karriere vieler Profis.“

Auch Fans bleiben auf der Strecke. Die Ticketpreise für die Spiele in den USA werden astronomisch sein, die Reisen unerschwinglich. Statt fußballerischer Nähe dominiert ein distanziertes Fernsehspektakel – produziert für Werbekunden und TV-Rechtehändler wie DAZN, die sich leisten können, die Spiele durch frisches Kapital aus Saudi-Arabien kostenlos zu übertragen.

Zugleich verschärft sich der Ausschluss ärmerer Menschen vom Fußballerlebnis. Fußball ist aus dem Free-TV verschwunden, Eintrittspreise explodieren und die Kommerzialisierung verdrängt lokale Strukturen. Im Amateurbereich wiederum fehlt es an allem: An Plätzen, Trikots, Trainer:innen, Ehrenamtlichen. Laut DFB ist die Zahl der Mannschaften im Amateurbereich in den letzten 15 Jahren um 60.000 zurückgegangen. Der Amateurfußball war einst sozialer Anker für Jugendliche, ein Ort der Gemeinschaft. Heute ist er ein Nebenschauplatz – weil es im Kapitalismus keinen Platz für den Sport als Gemeingut gibt.

Solidarität statt Profit

Gegen diese Entwicklung regt sich international Widerstand. In Deutschland protestieren Fans seit Jahren gegen Montagsspiele, Katar-Sponsoring und die Aushöhlung der 50+1-Regel. Die gescheiterte Super League 2021 oder der verhinderte Investoreneinstieg in die DFL war auch deshalb ein Rückschlag für die Kapitalinteressen im Fußball, weil Fans sich organisiert widersetzten.

Foto: Jorge Henrique Singh (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Socrates_(futebolista)_participando_do_movimento_político_Diretas_Já.jpg), „Socrates (futebolista) participando do movimento político Diretas Já“, https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode

Und Fußball kann noch viel mehr sein. Sócrates, einst Kapitän der brasilianischen Nationalmannschaft, gründete die „Democracia Corinthiana“ in Brasilien, eine Bewegung für Demokratie und Mitbestimmung im Sport und gegen die Militärdiktatur. Solche Figuren beweisen: Fußball muss nicht reaktionär sein. Er kann auch widerständig, aufrührerisch, solidarisch sein.

Das zeigte sich auch eindrucksvoll im Arabischen Frühling. In Ägypten waren es die Ultras von Al Ahly, die bei Protesten gegen das Mubarak-Regime eine zentrale Rolle spielten. Ihre Organisationsstruktur, ihre Erfahrung mit staatlicher Repression, ihre Solidarität untereinander machten sie zu einem Rückgrat der Bewegung.

Am Ende dürfen wir uns nicht nur fragen: „Was macht die FIFA?“ – sondern: „Wem gehört der Fußball?“ Ein demokratischer Sport muss in gesellschaftlicher Hand liegen, getragen von Vereinen, die von Mitgliedern kontrolliert werden, nicht von Investoren. Großereignisse dürfen nicht von Konzernen diktiert werden, sondern müssen dem Gemeinwohl dienen – sozial und solidarisch.

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

https://perspektive-online.net

fb.com/PerspektiveOn
x.com/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline
t.me/perspektiveon
mastodon.social/@perspektiveon

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Homarstraße 64
51107 Köln

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf dein Handy:

Kanalname bei **WhatsApp**:
Perspektive Online Newsletter

Unserem WhatsApp Kanal beitreten:
https://whatsapp.com/channel/0029VaASVPM2P59uL22LlK2N

Kanalname bei **Telegram**:
Perspektive Online

Unserem Telegram Kanal beitreten:
https://t.me/perspektiveon

PERSPEKTIVE» APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

https://perspektive-online.net/app

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“: https://perspektive-online.net/abo
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“: https://perspektive-online.net/verein
- **Unterstütze uns** mit einer Spende: https://perspektive-online.net/spenden